

# Der Deutsche Holzarbeiter

Eigentum und obligatorisches Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 75 Pfg. Deutscher Postzeitungsvertrag 1924.  
Für die Mitglieder des Verbandes durch die Zahlstellen gratis.

Insertionspreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg.  
Redaktion und Expedition: Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telephonruf 7605  
Redaktionschluss: Dienstag Mittag.

N 19.

Köln, den 6. Mai 1904.

V. Jahrgang.

**Verbandsmitglieder!** Stärkt den Verband durch Gewinnung neuer Mitglieder!  
Stärkt den Verband durch Eure Opferwilligkeit! **o o o**

## Gerechtigkeit.

Mit dem „Recht“ wird bekanntlich heute viel Unfug getrieben. Jeder will eben Recht haben. Verklagt der Arbeiter den Arbeitgeber am Gewerbegericht wegen irgend einem vorenthaltenen Rechtsobjekt; der Verklagte sagt zu seiner Verteidigung: „Ich bin im Recht“ und umgekehrt. Wer öfters an den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung zu verkehren Gelegenheit hat, muß sich mitunter wundern, wie die Vertreter der Berufsgenossenschaften „Rechte“ zu konstruieren verstehen. Kürzlich lasen wir noch, wie ein Berufsgenossenschaftsvertreter mit kalter Miene den Antrag stellte, einen Arbeitersekretär nicht mehr als Rechtsbeistand der Versicherten zuzulassen; die Vertretung der kapitalkräftigen Berufsgenossenschaften galt ihnen hingegen als selbstverständlich. Die „Soziale Praxis“ brachte vor mehreren Wochen eine Artikelserie, in welcher sie eine Anzahl das gewerbliche Recht betreffender Gerichtsurteile zum Gegenstand einer kritischen Betrachtung machte; insbesondere wurde der § 163 der Gewerbeordnung als ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter erläutert. Flugs ging der Redakteur der „Deutschen Arbeiterzeitung“ hin, setzte sich auf die Hufe und brachte in einer Artikelserie ebenfalls den „Beweis“, daß die deutschen Arbeiter durch die Gesetzgebung einseitig bevorzugt seien; das Streitpostenstehen müsse auf alle Fälle verboten werden. Alles das muß sich die „Gerechtigkeit“ ruhig gefallen lassen. Wenn nun in der öffentlichen Diskussion und in den Gerichtstribunalen, solche schwankende „Rechtsgrundsätze“ mit aller Fähigkeit verfochten werden, so kann sich jeder ausmalen, wie dies erst in den Fabriken und Werkstätten geschieht.

Es ist daher sehr angebracht, wenn den Beteiligten die soziale Gerechtigkeit, dieses Grundgesetz des sozialen Friedens, des Besten einzuschärfen gesucht wird. — Denn dieses Gebiet liegt noch sehr im Argen. Auch der badische Gewerbeinspektionsbericht klagt darüber.

„Bei der“, so heißt es im Berichte, „hat eben bei vielen, zum Teil sehr wohlmeinenden Industriellen die Auffassung noch nicht Platz gegriffen, daß der Arbeitsvertrag ein gegenseitiger sei; die Gleichberechtigung der Arbeiter wird praktisch von ihnen nicht anerkannt.“

Dies zeigte sich vornehmlich, wenn die Gewerbeaufsichtsbeamten Angelegenheiten, über welche bei Arbeitgebern und Arbeitern eine verschiedene Auffassung bestand, bei den Betriebsrevisionen unter gleichzeitiger Beteiligung beider Teile sachlich zu erörtern suchten; sie glaubten so zu einer friedlichen Verständigung am besten beitragen zu können. Manchmal schübten sich aber die Arbeitgeber hierdurch verletzt und gaben der Meinung Ausdruck, daß man ihnen doch nicht Verhandlungen über Dinge zumuten könnte, deren Regelung ganz in ihrem Ermessen stehe. Dieses Verhalten machte dann auf die Arbeiter notwendigerweise einen sehr unangünstigen Eindruck, es erweckte den Anschein, als ob die Gründe der Maßnahmen der Arbeitgeber im einzelnen nicht immer so stichhaltig seien, um eine Befugung auch von anderer Seite ertragen zu können.“

Wie leicht das Unterlassen einer offenen vorherigen Aussprache mit den Arbeitern oder ihren Vertretern zu Mißverständnissen führt und nachher zu ernstlichen Konflikten Anlaß gibt, beweist folgender im Bericht erwähneter Vorfall:

In einer der größten Maschinenfabriken des Landes hatte die Firma wesentliche Betriebsverbesserungen vorgenommen, welche in die bisherige Beschäftigung einzelner

Arbeiter tief eingriffen. Daher wurden die Stücklöhne neu geregelt. Die Arbeiter erblickten in der Neuregelung von Stücklöhnen den Versuch, eine allgemeine Lohnreduktion durchzuführen, umso mehr, als gleichzeitig eine vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit angekündigt wurde. Die Arbeiter gerieten in hochgradige Erregung und bezichtigten sich erst, als auf Vermittlung des Gewerbeaufsichtsbeamten die Firma wiederholt erklärte, daß sie nicht daran denke, die Löhne herabzusetzen.

„Hätte die Firma vor der Lohnregulierung sich mit den Vertretern der Arbeiter in offener Aussprache ins Benehmen gesetzt“, so bemerkt der Bericht mit Recht, „so hätte die Erregung leicht vermieden werden können. Die Arbeiter haben zudem begründeten Anspruch darauf, bei der Festsetzung von Lohnsätzen oder Änderungen der Arbeitszeit ihre Interessen geltend zu machen. Dieses Anrecht kann selbst durch die wohlwollendste Behandlung seitens des Arbeitgebers nicht ersetzt werden. Häufig beklagen sich solche Arbeitgeber über mangelndes Vertrauen ihrer Arbeiter, während sie selbst dadurch, daß sie den Arbeitern die Gründe ihrer Maßnahmen vorenthalten, die Grundlage des Vertrauens hinwegnehmen.“

Unter diesen Umständen erscheint es nicht wunderbar, daß die Zahl der Arbeiterausschüsse, die dazu dienen sollen, auf dem Boden der Gleichberechtigung und in offener Aussprache zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern die Arbeitsbedingungen zu regeln und etwaige Differenzen zu beseitigen, verhältnismäßig gering ist. Zu einem dauernden Instrument des sozialen Friedens sind sie nur selten ausgestaltet worden. Sie wurden zumeist für den Erlaß der Arbeitsordnungen oder der Nachträge gebildet und hörten dann auf, weiter zu leben. Sollen ferner die Arbeiterausschüsse etwas leisten, so muß der Arbeitgeber auch freiwillig den Arbeitern ein offenes Wort gestatten. Gegenüber zwei in dem Berichte erwähnten Fällen, in denen die Firmen in letzterem Sinne verfahren, hat es aber in Baden auch nicht an Maßregelungen solcher Arbeiter gefehlt, die in den Ausschüssen eine offene Sprache führten; oder man gab auch den Arbeitern zu verstehen, daß man nicht gewillt sei, dem Ausschuss einen irgendwie erheblichen, die Entschließungen des Arbeitgebers mitbestimmenden Einfluß einzuräumen. Dadurch blieben oft die tüchtigsten Vertreter der Arbeiter den Ausschüssen fern und mußten Strebern Platz machen, welche ihre persönlichen Vorteile zum Nachteil der Gesamtarbeiterschaft durch blinde Zustimmung zu allen Vorschlägen des Arbeitgebers zu erreichen suchten.

Des weiteren melbet der Bericht Maßregelungen solcher Arbeiter, welche mit den Gewerbeaufsichtsbeamten zur Beseitigung von Mißständen oder zur Erfüllung von Wünschen in Verbindung traten.

Dieses Zurücktreten sozialen Verständnisses gegen eine ständige Berührung muß natürlich das Vertrauen der Arbeiter in die Arbeitgeber erschüttern. Durch solche Erfahrungen wird es den Arbeitern tatsächlich unmöglich gemacht, auf geordnetem Wege ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, und die Arbeitgeber müssen dann genötigt sein, daß die Arbeiter andere Wege, z. B. in der Presse einschlagen, was einer sachlichen Behandlung und friedlichen Schlichtung, die doch im Interesse beider Teile liegen muß, nicht gerade zuträglich ist.

Dabei zeigte sich die nicht selten zu beobachtende bedauerliche Erscheinung, daß gerade Arbeitgeber, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen waren, sich mit solchen, in Maßregelungen zum Ausdruck kommenden antisozialen Neigungen brüsteten. Bezeichnend für den antisozialen Sinn mancher Unternehmer sind auch mehrere im Bericht erwähnte Fälle, in denen es denselben an jedem Verständnis für die Stellung und Aufgaben der Fabrikinspektion

fehlte, und in denen die Beamten sich zum Teil mit Gewalt Zugang zu den zu revidierenden Anlagen erzwingen mußten.

Wie man sieht, ist die Rückständigkeit der größte Hemmschuh zur sozialen Gerechtigkeit. Umso mehr müssen aber die Arbeiter Veranlassung nehmen sich fortzubilden, und durch geistige Regsamkeit die Bahnbrecher eines gesunden Fortschrittes sein.

## Solidarität?

Im Befreiungskampfe der Arbeiterschaft, insbesondere in ihrem Ringen um wirtschaftliche Freiheit und Besserstellung, ist nichts von höherer Bedeutung und nichts von solcher Unerläßlichkeit als die praktische Betätigung der Solidarität. Der durch keine Nationalität und auch durch kein religiöses Bekenntnis beeinträchtigte Solidarität des Kapitalismus kann erfolgreich nur durch ein solidarisches Vorgehen der Arbeiter begegnet werden. Ein Verbrecher und Verräter daher jeder, der die Solidarität der Arbeiterschaft gefährdet oder gar verhindert.

Als sich die christlichen Arbeiter ansahen, so entnehmen wir der in Wien erscheinenden „Christlich sozialen Arbeiter-Zeitung“, eigene christliche Gewerkschaften zu gründen, da wurde gegen sie als schwerster Vorwurf der erhoben, daß sie dadurch die Solidarität der Arbeiterschaft durchbrechen. Bis auf den heutigen Tag ist dieser Vorwurf das Hauptargument im Kampfe gegen die christlichen Arbeiter geblieben und hat den christlichen Gewerkschaften von sozialdemokratischer Seite die Bezeichnung „Streikbrecherorganisation“ eingetragen.

Mit wie wenig Recht man die christlichen Arbeiter des Solidaritätsbruchs bezichtigt, das hat ihr Verhalten bewiesen und das beweist auch das Verhalten der Sozialdemokraten. Wir wollen nicht darauf verweisen, daß die christlichen Gewerkschaften nur die logische Folge der Sozialdemokratisierung der Gewerkschaftsbewegung sind; es ist nun einmal nicht jedermanns Sache, mit der Gewerkschaftsorganisation auch gleichzeitig oder gar in erster Linie die Zwecke der sozialdemokratischen Partei zu fördern. Aber abgesehen davon; die Solidarität der Arbeiterschaft ist keinesfalls an eine schablonenmäßige Organisationsform gebunden. Wie es eine Solidarität von Mann zu Mann gibt, so kann es auch eine Solidarität der Organisationen geben, ohne daß die letzteren ihre besonderen Eigenheiten und Merkmale aufgeben. Tscheden und Deutsche können eine unerschütterliche Solidarität betätigen und doch braucht keiner aufhören, Tschede oder Deutscher zu sein; ebenso ist auch ein solidarisches Vorgehen der christlichen und sozialdemokratischen Arbeiter möglich, überall dort, wo es notwendig und der Gesamtheit dienlich ist. Diese Art der Solidaritätsbetätigung haben die christlichen Arbeiter nie abgelehnt und schon gar nicht verhindert, wohl aber kann dies von den Nachbarn des Solidaritätsgedankens nicht nur behauptet, sondern was weit wichtiger ist, auch bewiesen werden.

Am 2. und 3. April fand in Luzern der schweizerische Gewerkschaftskongress statt. Dieser Kongress hatte auch Beschluß zu fassen über ein mit dem Kartell der christlichen Gewerkschaften zum Zweck eines solidarisches Vorgehens der gesamten schweizerischen Arbeiterschaft abgeschlossenes Uebereinkommen. Dasselbe wurde bereits in Nr. 15 mitgeteilt.

Man sollte nun meinen, der Kongress müßte dieses Uebereinkommen mit Freuden begrüßt und ihm seine Zustimmung gegeben haben. Sicherlich haben in diesen Abmachungen die christlichen Gewerkschaften der Schweiz ein Beispiel seltenen Opferwillens bekundet, kommen doch dieselben einer beinahe völligen Aufgabe des eigenen Wesens gleich, wofür die christlichen Gewerkschaften nicht mehr verlangen als die, unter anderen Verhältnissen selbstverständliche Zusage, in Zukunft freundlicher behandelt zu werden. Selbstloser kann eine Organisation dem Gedanken der Solidarität nicht mehr dienen. Und was war der Erfolg dieser Selbstverleugnung? Die christlichen Arbeiter wurden in ungeheurer Weise beschimpft und schließlich das geplante Uebereinkommen mit 147 gegen 37 Stimmen abgelehnt, trotzdem sich der sozialdemokratische Nationalrat Orelli sehr warm für dasselbe einsetzte.

Die Sozialdemokraten mögen nun noch einmal mit der Anklage kommen, daß die christlichen Arbeiter die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft fördern; man wird sie auf die Haltung des Luzerner Kongresses verweisen, der in scharfer, unzweideutiger Weise dargetan hat, daß der Sozialdemokratie das Parteiinteresse alles, das wirkliche Arbeiterinteresse nichts ist. Ihr Geschrei von der Solidarität der Arbeiterschaft ist eitel Gekunkel, aufgelegter planmäßiger Schwindel.

### Zum Verbandstag.

Die Ausführungen des Kollegen Schneider-Mannheim betreffend Anstellung eines Sekretärs für unsern Verband in Süddeutschland veranlassen mich, zu dieser Frage ebenfalls das Wort zu ergreifen. Ich war wirklich überrascht, als ich las, daß Kollege Schneider Nürnberg oder Regensburg für geeignet hierzu hält. Wir Regensburger halten eben genannte Orte auch für weit günstiger als München, da diese Stadt weit weniger im Centralpunkte Bayerns liegt als beispielsweise Nürnberg. Ich möchte aber an dieser Stelle erwähnen, daß wir in Regensburg uns seit längerer Zeit bemühen, ein allgemeines christliches Gewerkschaftssekretariat zu erhalten, welches hier, wie wohl nirgends in ganz Bayern, nützlich und notwendig wäre. Wir haben uns schon wiederholt in dieser Sache an unsere Centrale sowie auch an den Gesamtverband gewandt und wir werden auch einen diesbezüglichen Antrag an den demnächst stattfindenden Gewerkschaftskongress in Essen stellen.

Bezüglich des wichtigsten Punktes auf dem diesjährigen Verbandstage, der Beitragserhöhung, würde ich den Antrag des Vorstandes befürworten; denn, wenn der Beitrag jetzt auf 25 Pfg. gesetzt wird, dann muß er in zwei Jahren doch auf 30 Pfg. gesetzt werden, und ein jedesmaliger Beitragserhöhungsrundel ist meiner Ansicht nach schädlicher für den Verband, als wenn er gleich jetzt und zweckentsprechend angelegt wird. Unsere Zahlstelle hat zu diesem Punkte Urabstimmung beantragt, weil unseres Erachtens auf diese Weise die Stimmung für hohe oder niedere Beiträge unter den Mitgliedern am klarsten zum Ausdruck kommen würde. Eine Klassifizierung der Beiträge würde auch meiner Ansicht nach eine heillose Verwirrung sowohl bei der Centralstelle als auch bei den reisenden Kollegen verursachen. Es ist ja doch jeder Zahlstelle freigestellt, einen beliebigen Lokalbeitrag zu erheben.

Mögen auch manche Kollegen einer Beitragserhöhung „im Interesse des Verbandes“ ängstlich entgegensehen, die Erfahrung hat gelehrt und auch die Zukunft wird zeigen, daß jene unserer teuer verdienten Groschen, die wir der Stabesorganisation opfern, wenn sie auch nicht immer persönlich sofort retour kommen, sich doch hundertfach rentieren und wir damit ein großes soziales, echt christliches Werk thatkräftig fördern.

Regensburger

Meier.

### Kundschau.

**Sozialer Kursus in Berlin.** Das Programm des sozialen Ausbildungskurses, der vom 29. Mai bis 10. Juli 1904 in Berlin abgehalten wird, ist eben erschienen und durch die soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland, Berlin N 24, Auguststraße 82, kostenfrei zu beziehen. Es liegen bereits 35 Anmeldungen, zu meist aus den evangelischen Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften, vor. Die höchste

Zahl der Teilnehmer ist auf 45 angesetzt. Die Eröffnungssitzung findet im deutschen Reichstage, der Kursus selbst in der Posthochschule Artilleriestraße, Ecke Dramenburgerstraße, statt. Dozenten sind die Herren: Professor Dr. Franke, Dietrich von Dertzen, Dr. Sydow, Amtsrichter a. D. Brandis, Lic. Schneemelcher, Dr. Willbrandt, Justizrat Dr. Feibler, Gewerbeinspektor Dr. Fischer, Dr. Zimmermann, Dr. Bernhardt, Adolf Damaschke, Franz Behrens u. a. Das Gesamtthema ist: Die soziale Aufgabe der Gegenwart. Am Eröffnungstage veranstaltet der Berliner evangelische Arbeiterverein einen Begrüßungsabend. Gemeinsamer Besuch des sozialen Museums zu Charlottenburg, des Asyls für Obdachlose, des Reichsversicherungsamtes, einer Krankenkasse, mehrerer Baugenossenschaften, des Zentral-Arbeitsnachweises u. a. sind vorgesehen. Der soziale Ausbildungskursus wird vom Gesamtverbande evangelischer Arbeitervereine Deutschlands mit Unterstützung des Bureaus für Sozialpolitik, der sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland, der freien kirchlich-sozialen Konferenz und des evangelisch-sozialen Kongresses veranstaltet.

**Sozialpolitische Wahlen.** Bei der am 25. April in Köln gethätigten Wahl der Vorstandsmitglieder zur Tischler-Innungs-Krankenkasse wurden nur Mitglieder unseres Verbandes gewählt. — Am 24. April fand in Düsseldorf die Vertreterwahl für die Generalversammlung der Ortskrankenkasse für das Schuhmachergewerbe statt. Gewählt wurden die christlich gesinnten Kandidaten. Bei den letzten Wahlen vor 2 und 4 Jahren hatten stets die „Freien“ gesiegt. Wie die seitherigen Vertreter gewirksamhaft haben, geht aus folgendem hervor: Vor 4 Jahren, als dieselben die „Christlichen“ in der Generalversammlung ablösten, fehlten am Reservefond noch 163 Mk., heute, nach 4 Jahren, fehlen 6628 Mk., gewiß eine enorme Summe für eine Kasse, welche circa 500 Mitglieder zählt. Auch hat man in dieser Zeit die Beiträge von 36 Pfg. erst auf 45 und dann auf 54 Pfg. erhöht, ohne daß in den Leistungen der Kasse eine Aenderung eingetreten ist. Die neuen Vertreter aus den christlichen Gewerkschaften werden manches wieder gut zu machen haben, was von ihren Vorgängern vernachlässigt worden ist.

**Ein Eisenbahnerstreik in Ungarn,** welcher am 19. April plötzlich ausbrach, ist nach kurzer Dauer zu Ungunsten der Streikenden durch gewaltsames Dazwischengreifen der Regierung beendet worden. Die Ursache des Streikes, an dem 30 000 Eisenbahner — Beamte und Arbeiter — beteiligt waren, ist auf die schlechte Lage derselben zurückzuführen. Die bittere Not trieb die Eisenbahner in den Streik. Seit dreißig Jahren sind die Bezüge der Angestellten der ungarischen Staatsbahnen unverändert geblieben, obwohl in dieser Zeit nicht nur die Lebensmittel bedeutend verteuert wurden, sondern auch die Dienstesansforderungen sich gesteigert haben. Jahrelang petitionierten Beamte und Arbeiter um eine Erhöhung ihrer Bezüge; man speiste sie mit leeren Versprechungen ab und bot ihnen in der letzten Zeit eine Gehaltsregulierung an, die als Verhöhnung und Herausforderung angesehen werden mußte. Auf einen Angestellten wäre im Durchschnitt eine Gehaltserhöhung um 73 Kronen im Jahre, oder um 6 Kronen 8 Heller im Monate gekommen. Die ungarischen Eisenbahner beantworteten diese Schädigkeit mit dem Streik. Durch fünf Tage stand der Verkehr in Ungarn still, den großen Städten drohten allerlei Schwierigkeiten infolge des Aufhörens der Nahrungsmittelzufuhr, der Personen- und Frachtverkehr stockte gänzlich. Infolge der Ueberraschung war die Regierung anfangs einer friedlichen Beilegung des Kampfes zugänglich. Mit den Versprechungen der Regierung erklärten sich jedoch die Eisenbahner nicht einverstanden, sie stellten vielmehr folgende Forderungen:

1. Jene leitenden Persönlichkeiten, die die Regierung durch falsche Informationen irregeführt und diesen unseligen Kampf zum Ausbruch gebracht haben, sind binnen vierundzwanzig Stunden von ihren Stellen zu entheben.
2. Sämtliche Beamten und Angestellten der Staatsbahnen, die sich der Streikbewegung angeschlossen oder an deren Spitze gestellt haben, sollen weder bestraft noch bei dem späteren Advancement präteriert werden.
3. Die am 1. Jänner 1904 fällig gewordenen Advancements und Ernennungen sollen binnen vierundzwanzig Stunden erledigt werden.
4. Die am 1. Jänner 1903 fällig gewordenen Gehaltszuschläge sollen binnen vierundzwanzig Stunden angewiesen werden.
5. Sämtliche in dem bisherigen Memorandum zusammengeführten Forderungen sind binnen vierundzwanzig Stunden zu erfüllen.
6. Die Regierung möge sich über die Form und den Inhalt der Dienstverträge binnen vierundzwanzig Stunden

äußern, damit die Ungeheueren ihren Standpunkt klarlegen können.

Darauf ging die Regierung mit aller Schärfe gegen die Streikenden vor. Hausenweise wurden sie verhaftet. Sämtliche militärpflichtige Streikende — etwa 11 000 Eisenbahner — wurden auf Grund eines kaiserlichen Befehles einberufen und zur Dienstleistung zu den königlich ungarischen Staatsbahnen eingeteilt. Durch diese Gewaltstreich wurde der Widerstand der Streikenden gebrochen und der Dienst wieder aufgenommen. Der Verlust der Eisenbahnverwaltung wird auf 3 Millionen Kronen geschätzt.

Bemerkenswert zu dem Streit ist noch der Umstand, daß die Eisenbahner so gut wie gar nicht organisiert waren. Das Fehlen einer guten Organisation dürfte ebenfalls zu diesem Ausgang des Kampfes erheblich mit beigetragen haben.

### Gewerkschaftliches.

**Arbeitskämpfe in Deutschland 1903.** Nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ wurden im Jahre 1903 im ganzen 1374 Streiks beendet gegen 1060 im Jahre 1902, 1056 im Jahre 1901, 1433 im Jahre 1900 und 1288 im Jahre 1899, dem Ausgangsjahr der amtlichen Streikstatistik. Ausperrungen wurden 1903 70 beendet gegen 46 im Jahre 1902, je 35 im Jahre 1901 und 1900, und 23 im Jahre 1899. Es wurden gezählt:

Im Jahre	Streikende	Ausperrte
1899	99 338	8 298
1900	122 803	9 085
1901	55 262	5 414
1902	58 912	13 305
1903	85 603	35 273

Bei den Streiks endeten

	im Durchschnitt der Jahre 1899—1903	im Jahre 1903
mit vollem Erfolge	21,46 %	21,46 %
mit teilweisem Erfolge	30,11 %	32,11 %
ohne Erfolg	47,43 %	45,43 %

Bei den Ausperrungen dagegen

	im Durchschnitt der Jahre 1899—1903	im Jahre 1903
mit vollem Erfolge	26,21 %	51,46 %
mit teilweisem Erfolge	48,21 %	21,46 %
ohne Erfolg	24,58 %	27,14 %

Die Steigerung der Zahl der Ausperrungen und die der Ausgesperrten enthält sowohl für die organisierten wie auch für unorganisierten Arbeiter manche Lehre, die sich jeder selbst ziehen möge.

### Lohnbewegung.

**Zug** ist fern zu halten von Schreibern, Stellmachern, und Zimmerleuten nach **Sippstadt**. — Von Schreibern nach **Karlruhe, Offenbach, Bochum** (Firma Altenhövel), **Nürnberg** (Firma Fleischhauers-Söhne).

An Orten, wo Differenzen ausgebrochen sind, ist der Zug strengstens fernzuhalten. Wird über den Stand der Differenzen der Verbandsleitung nicht jede Woche Mitteilung gemacht, so fällt die Warnung weg.

**Mühlhausen (Elbaf).** Einen schönen Erfolg haben die hiesigen Holzarbeiter durch ihr geschlossenes Vorgehen errungen. Dieselben hielten am 15. April eine gemeinsame Versammlung ab und beschloßen, folgende Resolution den Arbeitgebern zu unterbreiten:

Die am 15. April d. J. im Lokale der Wirtschaft „Zur Sonne“ tagende, von den beiden hier bestehenden Organisationen der Holzbranche einberufene, von ca. 200 Holzarbeitern besuchte Privatversammlung kann sich mit der hier noch allgemein üblichen 10 1/2 stündigen Arbeitszeit nicht mehr länger einverstanden erklären und fordert in anbeacht, daß eine einstündige Mittagspause den meisten Arbeitern es nicht ermöglicht, ihr Essen ordentlich einzunehmen, in anbeacht, daß die Anforderungen, die an die Kräfte des einzelnen Arbeiters gestellt werden, sich immer mehr steigern.

Die Einführung der 10 1/2 stündigen Arbeitszeit unter Beibehaltung des seitherigen Tagelohns, oder für die im Stundenlohn stehenden Arbeiter einen Lohnzuschlag von 5%.

Die Versammlung ersucht deshalb die Geschäftsinhaber der Holzbranche Mühlhausens, vom 1. Mai d. J. ab die Arbeitszeit folgendermaßen zu regeln:

Morgens von 6—8 Uhr, 1/2 stündige Frühstückspause; denn von 9—12 Uhr; nachmittags von 1 1/2—6 Uhr, und steht einer baldigen Antwort entgegen.

J. H.: Die Ortsverwaltungen

der beiden hier bestehenden Holzarbeiter-Organisationen. Es haben bereits 15 Geschäfte zu der Forderung ihre Zustimmung erteilt. Möge dieser Erfolg die Kollegen anspornen zu immer festerem Anschluß an den Verband.

**Sippstadt.** Die Bewegung der **Bürstenmacher** ist ohne Streit zu Gunsten der Kollegen entschieden. Sämtliche Meister haben die Forderungen, Tarifvertrag auf ein Jahr, unterschrieben. Die Gehülften können sich dieses Erfolges, den sie durch die

Organisation errungen haben, mit Recht freuen. Es ist jetzt wenigstens, wenn auch mit Rücksicht auf die Verhältnisse, ein bescheidener Anfang der Besserung gemacht. Später kann auf der geschaffenen einheitlichen Grundlage weiter gebaut werden. Jedenfalls liegt die friedliche Beilegung der Differenzen nicht zuletzt auch im Interesse der Arbeitgeber selbst. — Der Tischler- und Zimmererstreik steht noch auf dem alten Fleck. Allen Anschein nach wird sich der Kampf noch lange hinziehen. Gut, daß wir damit von Anfang an gerechnet haben.

**Münster.** Die hiesigen Zimmerer traten im Verein mit den übrigen Bauhandwerkern am 1. Dezember vorigen Jahres an die Arbeitgeber mit folgenden Forderungen heran:

1. Einen Stundenlohn von 45 Pfg. für Zimmerer und Maurer, 35 Pfg. für Bauarbeiter, zu der hier bestehenden Arbeitszeit von 10 1/2 Stunden. Werden Lohngelöhne bezahlt, so müssen auch diese dem aufgestellten Lohnsatz entsprechen.
2. Wegfall sämtlicher Kündigungsfristen.
3. Überstunden sowie Arbeiten unter Wasser und an den sich befindenden Heizungsanlagen müssen mit 10 Pfg. Zuschlag pro Stunde vergütet werden.
4. Nacht- und Sonntagsarbeiten müssen mit 100% oder doppelt vergütet werden. Es Nacharbeit gelten die Arbeitsstunden von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens.
5. Zahlung der üblichen Feiertage vor den vier Hauptfesten Weihnachten, Ostern, Pfingsten und Maria-Himmelfahrt.
6. Wöchentliche Lohnzahlung und zwar am Samstag. Die Lohnzahlung hat auf der Arbeitsstelle und zwar bis 1/2 Stunde nach Schluß der Arbeit zu erfolgen. Wenn die Lohnzahlung später hinausgeschoben wird, so muß die Zeit vergütet werden.
7. Bei Arbeiten außerhalb des Stadtgebietes müssen die Wege und sonstige Auslagen voll vergütet werden.

Die Forderungen sollten mit dem 1. April d. J. in Kraft treten. Dieselben waren deshalb vier Monate vorhergestellt, um den Unternehmern Gelegenheit zu geben, ihre Submissionsbedingungen und Kostenanschläge darnach einzurichten. Da die Unternehmer es nun ablehnen, in Verhandlungen über die Forderungen einzutreten, so wurde am 24. April eine öffentliche Versammlung abgehalten, die sich mit der Stellungnahme der Unternehmer befaßte. Die Versammlung war von etwa 800 Personen besucht. Aus dem Bericht der Lohnkommission ergab sich, daß die Unternehmer wohl geneigt sind, eine Lohnerhöhung einzutreten zu lassen, aber nicht den Verband anerkennen wollen. Verschlebene Unternehmer haben auch bereits eine Lohnerhöhung eintreten lassen. Die Referenten verurteilten das Vorgehen der Unternehmer entschieden, warnten jedoch die Arbeiter vor unüberlegten Schritten. Die Kollegen sollten der Lohnkommission Vertrauen schenken, die schon die richtigen Anweisungen geben würde. In diesem Sinne sprachen auch die Diskussionsredner. Von den Zimmerern sind 135 in unserem und 15 im „freien“ Verband organisiert.

**Münster.** Die Tischlergesellen haben den Arbeitgeber folgenden Tarifvertrag unterbreitet:

1. Die tägliche Arbeitszeit ist eine 10stündige.
2. Der Durchschnittslohn beträgt 2,50 Mt. pro Tag.
3. Es erhält jeder Arbeiter zu seinem bisherigen Lohne 5 pCt. Zulage, wer aber mit diesen 5 pCt. den Durchschnittslohn von 3,80 Mt. nicht erreicht, erhält eine solche von 10 pCt., jedoch mit der Maßgabe, daß der Durchschnittslohn von 3,80 Mt. nicht überschritten wird.
4. Bei Akkordarbeit ist der Stundenlohn zu garantieren, und wird sowohl bei Akkord- wie bei Lohnarbeit der volle Stundenlohn am Schluß der Woche ausbezahlt.
5. Die Lohnzahlung muß am Samstag bis zum Schluß der Arbeitszeit erfolgt sein für alle Arbeiter einschließlich der im Bau Beschäftigten. Etwaiges Warten ist als Arbeitszeit zu bezahlen.
6. Für Überstunden ist bis 9 Uhr 10 Pfg., für alle weiteren und Sonntagsarbeit 20 Pfg. Zuschlag zu zahlen.
7. Wenn Nacharbeit stattfindet, ist eine Ruhepause von einer Stunde nach Schluß der Tagesarbeit ohne Lohnabzug zu gewähren, und sind die Arbeiter möglichst bis Mittag hiervon zu benachrichtigen.
8. Für Arbeiten in den Bauen innerhalb der Stadt werden pro Stunde 3 Pfg. mehr bezahlt.
9. Bei Arbeiten, wo der Weg eine Stunde und mehr von der Werkstatt entfernt ist, ist Fahrgehalt und Mittagessen zu entschädigen; wird Übernachten notwendig, so ist Kost und Logis zu gewähren. Fahrzeit gilt als Arbeitszeit.
10. An den Vorabenden von Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist 2 Stunden früher Feierabend ohne Lohnabzug.
11. Es findet die gesetzliche 14tägige Kündigungsfrist statt.
12. Maßregelungen aus Anlaß der Durchführung dieses Tarifvertrages dürfen nicht stattfinden.
13. Um ein geordnetes Nebeneinanderarbeiten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu ermöglichen und zur Beilegung von Streitigkeiten, welche aus Anlaß dieses Vertrages entstehen sollten, wird eine Kommission von 12 Mitgliedern eingesetzt, und zwar werden diese zur Hälfte von den Tischler-Zwangsunion und zur Hälfte von den Mitgliedern der oben angeführten Verbände gewählt. Den Vorsitz in dieser Kommission führt der jeweilige Vorsitzende der Tischler-Zwangsunion, und ein von der Kommission der Arbeitnehmer gewähltes Mitglied. In der Kom-

mission eine Einigung über einen Punkt nicht zu erzielen, so soll der Vorsitzende des Gewerbegerichts als Unparteilicher den Vorsitz führen.

Zu dieser Forderung hat der Vorstand und Ausschuß der Innung Stellung genommen und jetzt geantwortet, daß er einem Teil der Forderungen zustimme und einer Verhandlung ebenfalls nicht abgeneigt sei, jedoch nur mit dem Gesellen-ausschusse. Mit diesem würde sich wohl unschwer eine Einigung erzielen lassen.

### Bekanntmachung.

Der Zahlstelle Witten (Ruhr) wird die Genehmigung erteilt, ab 1. Mai einen wöchentlichen Lokalbeitrag von 5 Pfg. zu erheben.

Die auf Reisen gehenden Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, sich ordnungsmäßig bei der Lokalverwaltung abzumelden. Die Diskontierere sind streng angewiesen, keinem Mitgliede Reiseunterstützung auszuführen, welches nicht in seinem Mitgliedsbuche die Abmeldung bescheinigt hat.

### Aus den Zahlstellen.

**Freiburg.** In unserer, am 23. April leider schwach besuchten Versammlung, referierte Kollege Faure über „Christliche Gewerkschaften oder Fachabteilungen in kath. Arbeitervereinen“. Redner führte ungefähr aus: „Direkt beim Entstehen der Gewerkschaften in Deutschland teilten sich die Arbeiter in zwei Richtungen, die sozialdemokratische und die kirchlich-katholische. Beide Richtungen sind für die christlichen Arbeiter nicht geeignet. Deshalb wurden in den neunziger Jahren christliche Gewerkschaften gegründet. Trotz der vielen Schwierigkeiten, die denselben in den Weg gelegt wurden, wuchsen diese Organisationen zu einem mächtigen Faktor heran. Neuerdings geht nun von einigen Berliner Herren eine „Bewegung“ aus, die auf Schaffung katholischer Gewerkschaften gerichtet ist. Mit feberhafter Tätigkeit arbeiten die Berliner Herren, um ihre Ideen auszubreiten. Der Erfolg ist allerdings erfreulicherweise sehr gering. Was diese Gewerkschaften den Arbeitern bieten, ist schon bekannt, nur ein Punkt sei hier erwähnt: man will den Arbeitern das Recht und die Macht zum Streiken nehmen. Was wollen aber heute die Arbeiter machen mit noch so vielen göttlichen Vorstellungen, wenn diese nichts nützen und wenn nicht die Macht schließlich dem Recht zum Siege verhilft. Pflicht der christlichen Arbeiter ist es, den Berliner Ideen überall entgegen zu treten und für die christlichen Gewerkschaften zu agitieren“. In der Diskussion wurde besonders zur Einigkeit der christlichen Arbeiter gemahnt. Alle persönlichen Reibereien und Zwistigkeiten müßten verschwinden, wenn es heißt, die christliche Arbeiterbewegung zu fördern.

**Landshut.** Unsere Versammlung vom 17. April war mäßig besucht. Auf der Tagesordnung stand: 1. Quartalsabschluss, 2. Wahl eines Revisors, da unser Kollege Koch selbständig geworden ist, 3. Referat über die wirtschaftliche und staatliche Sicherung des rechtlich freien Arbeitsvertrags. Der Redner war Kandidat der Rechtswissenschaft Joseph Schöllner. Er wollte seine Ausführungen als Nachwort zu dem großen Frankfurter Kongress aufgefaßt wissen und verarbeitete deshalb unter anderem in freier Weise das auf demselben gebotene reichhaltige und wertvolle Material. Zunächst legte der Referent die juristische und soziale Bedeutung des modernen freien Arbeitsvertrags dar, betonte aber, daß derselbe wie jedes, auch das beste Gesetz ohne die Mitwirkung der Beteiligten auf dem Papier stehen bleiben müsse, da der Arbeiter wirtschaftlich abhängig sei. Die Durchführung des freien Arbeitsvertrages sei Aufgabe der Arbeiterorganisation. Es handle sich nun um die Form der gewerkschaftlichen Vereinigung. Diese müsse eine wirtschaftliche Macht darstellen, welche auch vor dem letzten Mittel, dem Streik, nicht zurückzuschrecken brauche. Daher seien die kirchlich-katholischen und die sogenannten katholischen Gewerkschaften nicht einmal des Namens wert. Aber auch die angeblich freien Gewerkschaften seien verfehlt, da sie nach ihren staatsfeindlichen Tendenzen auf staatliche Mitwirkung nicht Anspruch machen dürfen. Die Arbeiterbewegung müsse christlich, interkonfessionell, neutral und national sein. Der Redner wies dann darauf hin, daß die Gewerkschaften nach dem Abschluß kollektiver Arbeitsverträge mit genauen Lohnsätzen trachten, deren Ausarbeitung auf Grund des zum Teil von den Gewerkschaftlern selbst gebotenen Materials Sache der Gewerkschaftsbeamten sei. Im zweiten Teil seines Vortrags erläuterte der Referent die gesetzlichen Mittel zur Durchführung der Gewerkschaftsaufgaben. Dazu gehöre die staatsrechtlich längst notwendige Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, die reichsrechtliche Regelung des Vereinsrechts, der Ausbau und die strafrechtliche Sicherung der Koalitionsfreiheit, die Schaffung von Arbeitskammern und die zeitgemäße Verwirklichung der juristischen Bildung. Zum Schluß hat der Redner die Versammelten, sich mehr und mehr auszubilden, damit sie bei Gelegenheit in angemessener Weise mit den staatlichen Organen Fühlung nehmen können. Der Referent fand für einen Beifall. Der Vorsitzende Johann Schöllner dankte im Namen der Kollegen für den Vortrag, worauf der Redner uns auch ferner nach Kräften beizustehen versprach. Ein Freund desselben schenkte uns eine interessante Broschüre. Zum Schluß mahnte der Vorsitzende zu fleißiger Benutzung der Bibliothek.

**Hagenburg.** In der hiesigen Gewerkschaftsbewegung herrscht zur Zeit reges Leben. Seit Dezember besitzen wir ein Arbeitersekretariat, das von dem Sekretär Oswald, Mitglied des Verbandes der nichtgewerkschaftlichen Arbeiter geleitet wird. — In der letzten Versammlung sprach Parteivorstand Fuchs über die soziale Frage und die Bedeutung der Gewerkschaften. Unter anderem führte er aus, wie notwendig es sei, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, um nicht machtlos den Unternehmern gegenüber

zu stehen. Von den Arbeitern verlange man nicht ein pflichttreues, eifriges Streben, ein fleißiges, rastloses Arbeiten, ohne ihnen jedoch eine entsprechende Gegenvergütung, in Form eines gerechten Lohnes, dafür zu geben. Regelung der Arbeitszeit, des Lohnes etc. durch Abschluß von Tarifverträge ist das Hauptziel der christlichen Gewerkschaften. Kollege Funt sprach dann noch über „die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und wie verschaffen wir unsern Bestrebungen Geltung“. Es ließen sich 7 Mitglieder in den Verband neu aufnehmen.

**Mainz.** Am 23. April referierte in einer ziemlich gut besuchten christlichen Gewerkschaftsversammlung unser Gründungsmitglied Kollege Kempf-München. Das Thema „Christliche Gewerkschaften und ihre Feinde“ eignete sich ganz besonders für die hiesigen Verhältnisse. Eingangs seiner Ausführungen gab uns Redner ein kurzes Stimmungsbild bei Gründung hiesiger Zahlstelle, sowie des 1. christlichen Gewerkschaftskongresses 1899 zu Mainz. Der eigentliche Vortrag begann mit der Entstehung der modernen Gewerkschaftsbewegung, mit dem Hinweis auf die Gewerkschaften des 14.—16. Jahrhunderts, dann auf England zu Anfang des 18. Jahrhunderts und die Übertragung des Gewerkschaftscharakters von England im Jahre 1868 nach Deutschland. England sei somit das Land, in welchem die Gewerkschaftsbewegung zuerst festen Fuß faßte. Die gewaltigen Umlwälzungen des 19. Jahrhunderts auf wirtschaftlichem Gebiete, maschinelle Entwicklung usw., und die schreckliche Freiheit gegenüber dem wirtschaftlichen Schwächen verursachte die Proletarisierung der Massen. Große Männer, vor allem Bischof Kettler, forderten in Wort und Schrift zur Lösung der sozialen Frage in christlich sozialem Sinne auf. Doch man hat jenen Worten nicht das so notwendige Verständnis entgegen gebracht, am allerwenigsten aber von Seiten der christlichen Arbeiterklasse. In den 80. Jahren griff der Staat ein, und große soziale Männer schufen die Arbeiterschutzgesetzgebung. Die Arbeiter standen bis dahin, zum größten Teil wenigstens, dem sozialen Fortschritt gegenüber gleichgültig, ja sogar sehr feindselig gegenüber. In den 90. Jahren zeigte sich nun zur allgemeinen Klarheit, in welches Fahrwasser die deutsche Arbeiterklasse getrieben werden sollte. Die sogenannten „freien“ Gewerkschaften lösteten auf's deutlichste ihre Waale und die angebliche politische Neutralität, und der Grundlag „Religion ist Privatsache“ waren nichts weniger als annehmbar für einen christlichen Arbeiter. Immer lauter ertönte der Ruf nach Gründung wirklich freier Gewerkschaften, deren Gründung dann auch im Jahre 1894 im Ruhrgebiet in Angriff genommen wurde. Eine Menge Hindernisse stellten sich in die Wege und es bedurfte aller Kraftanstrengung, um vor allem das Prinzip der Zentralisation zur Durchführung zu bringen. Auf dem festen Fundament der christlichen Weltanschauung aufgebaut, erstreckt unsere Gewerkschaftsbewegung die geistige und sittliche Hebung des Arbeiterstandes und die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage. Also rein wirtschaftliche Ziele unter Ausschaltung aller konfessionellen und politischen Tendenzen erstreckt unsere Bewegung. Eine große Aufgabe der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist unstreitig die Förderung der Selbstbildung, sowie die Erziehung des Arbeiterstandes zu einem selbstbewußten Stande. Redner führte eine Anzahl praktischer Beispiele vor Augen und betonte besonders die Notwendigkeit der gut geleiteten Debattierclubs, Versammlungen mit tüchtigen Referenten usw. Vor allen Dingen müsse ein christlicher Gewerkschaftler sich klar sein, daß nur eine geistig gebildete Arbeiterklasse sich Achtung vor der Öffentlichkeit verschaffen kann, ebenso aber auch darüber, daß die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zum größten Teil von diesem Faktor abhängig ist. Des weiteren erinnerte Redner an das ernsthafte Bestreben der christlichen Gewerkschaften um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder und verwies auf die vielen Kämpfe der vergangenen Jahre. Mit ebenen Verhältnissen hat aber die deutsche Arbeiterklasse noch zu kämpfen, sterben doch jährlich tausende an der Tuberkulose und ein großer Prozentsatz leidet an dieser und anderen Berufskrankheiten. Immer lauter ertönt daher die Stimme: „Arbeiter organisiert euch auf christlicher Grundlage, bringt Opfer im Dienste der wahren Nächstenliebe“. Feinde dieser unserer Bestrebungen seien zum größten Teil noch die Arbeitgeber, dann die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit ihren Klassenkampfutopien und nicht zuletzt — die große Gleichgültigkeit in unsern eigenen Reihen. Den jetzt genannten Feind unterzog Kollege Kempf einer herben Kritik. Auch die Menschenfurcht muß verschwinden. Frei und offen soll man seine Gesinnung bekennen. Ebenso sei die Gleichgültigkeit und die Vergnügungssucht dem Arbeiter zum Schaden. Die Parole für uns lautet: Unaushaltbar vorwärts!

**Darmstadt.** Es geht und muß vorwärts, trotz aller Schwierigkeiten, so können wir auch von hier berichten. Am 6. April hielt ein großer Freund unserer Gewerkschaftsbewegung, Herr Dr. Schepfers, einen Vortrag über die Tuberkulose und ihre Bekämpfung. Leider ist der Raum des Verbandsorgans ein beschränkter und wir wollen daher die Ausführungen des Referenten resumieren in die Worte: Kollegen, organisiert euch, helfet alle mit, um im christlich sozialen Sinne das vielfach noch schreiende Elend der Arbeiterklassen zu beseitigen. — In einer Gewerkschaftsversammlung vom 16. April führte unser Kollege Kempf die Ziele und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in detaillierter Form vor Augen. Hohe Kulturaufgaben haben die christlichen Gewerkschaften zu erfüllen, gilt es doch die geistige und sittliche Hebung des Arbeiterstandes zu fördern, die Arbeiterklasse zum selbstbewußten Faktor zu machen. Mit aller Macht muß in diesem Sinne zunächst gearbeitet werden, denn nur eine geistig entwickelte Arbeiterklasse wird sich einen Platz in der Gesellschaftsordnung erringen können. Hinweg mit der Vergnügungssucht, Schulung, Auffklärung, seien die Lösungsworte eines christlichen Gewerkschaftlers. Redner beleuchtete die vielfach noch traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Arbeiterklasse und betonte, daß dieselben nur in dem Maße verbessert werden, als die Arbeiterklasse selbst sich um die Verbesserung annehmen. Besonders habe unsere Gewerkschaftsbewegung in diesem Sinne erfolgreich gearbeitet; jedoch vieles muß noch geschehen. Darum Kollegen arbeitet rastlos für die Ausbreitung und

**Ausbauung der christlichen Gewerkschaften.** Ein jeder Kollege muß ein Agitator für den Verband sein; unerwünscht soll und muß er, von Mund zu Mund die Notwendigkeit der Organisation den Indifferenten klar machen. — Am 13. April fand auf Grund einer Einladung an alle konfessionelle Vereine und auf christlich-nationaler Grundlage stehender Arbeitervereinigungen eine Besprechung statt, zwecks Gründung eines Vereins für soziale Angelegenheiten und Arbeitervertreterwahlen. Die erwähnten Vereine wählten nun auf Grund der Vorbesprechung, je nach ihrer Mitgliederzahl, die Vertreter zu einer am 25. April stattgefundenen Sitzung. Kollege Binnefeld leitete die Versammlung, während Kollege Kempf das Referat über Zweck und Ziele eines Ausschusses für soziale Wahlen erstattete. Redner beleuchtete den Frankfurter Arbeiterkongreß, betonte die Notwendigkeit der christlichen Sozialreform, insbesondere die Ausbannung der Arbeiterschuldscheu. Wir wollen das Trennende beiseite schieben und in echt brüderlicher Weise uns die Hand zur positiven praktischen Arbeit reichen, zum Wohle der gesamten christlich-nationalen Arbeiterschaft. An der Hand zahlreicher Beispiele zeigte Redner, wie die sozialdemokratische Arbeiterschaft es verstände, sich freigestellte Agitatoren zu verschaffen. So sei der Vorsitzende des hiesigen sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes durch die Ortskrankenkasse freigestellt, ohne somit, da keine körperlich anstrengende Arbeit von ihm verlangt, leicht für seine Bewegung thätig sein. Die nun folgende Diskussion betrug sich ganz im Rahmen des Vortrages und mit Einstimmigkeit erfolgte die Gründung des „Ausschusses für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten“. Die Vorstandschaft setzt sich aus den verschiedenen Vereinigungen zusammen. Nicht unerwähnt soll das tiefe soziale Verständnis der beiden evang. Geistlichen, der Herren Kleeberger und Bräsig, bleiben, welche bestrebt sind, energig für unsere Bewegung Stimmung zu machen. Wir sind also in Darmstadt auf der richtigen Bahn und streben mit aller Macht nach Vorwärts.

**Neheim.** Am Samstag den 30. April fand unsere Mitglieder-Versammlung statt. Leider war diese nicht so besucht, wie es zu erwarten war. Es mag dies auch viel auf die Aufregung von Seiten der Firma Krippendorf-Pfister zurückzuführen sein. Kollege Meyer aus Iserlohn, der noch in später Stunde nach hier gekommen war, hielt uns auf Grund der in letzter Zeit hier gemachten traurigen Erfahrungen einen Vortrag, über „die Gegner der christlichen Gewerkschaften und wie sollen wir agitieren“. Im Laufe seines Vortrages schilderte Redner als Gegner der Gewerkschaften das Anternehmen, die sogenannten freien Gewerkschaften und die indifferente Masse. Besonders streifte er die Arbeitgeberverbände, die sich vor Kurzem zu einem allgemeinen Arbeitgeberbund zusammen geschlossen haben. Das Ziel dieser Vereinigung sei keineswegs, ein friedliches Zusammenwirken zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern, sondern den Arbeitern die Gleichberechtigung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete zu verweigern. Darum sei es die höchste Zeit, daß sich die arbeitende Klasse immer mehr zusammen schließt, um diesen Angriff erfolgreich abzuwehren. Denn jetzt sei es noch möglich, daß der Arbeiter sich organisiert und sich nicht zum Lohnsklaven machen läßt; ob das aber noch nach zehn Jahren der Fall ist, das sei eine offene Frage. Nach Schluß des Vortrages wurde allseitig bedauert, daß nicht mehr Kollegen diesen Vortrag mit angehört haben. Unsere Kollegen am Orte fordern wir an dieser Stelle, daß sie jetzt an pünktlicher und vollzähliger zur Versammlung zu kommen. Fort mit der unedigen Menschenjagd!

**M.-Glabbach, 2. Mai.** Am 24. April hat unsere Zahlstelle die erste Mitglieder-Versammlung abgehalten. Wir haben zu derselben die Kollegen wieder mittels Karte persönlich eingeladen. Bedauerlicherweise war das Frühlingswetter für manchen, den wir bestimmt erwarteten, Anlaß, der Versammlung fern zu bleiben. Die Frühlingsluft ging ihnen über ihr Standesinteresse! Wie lange noch? Wir erledigten die geschäftlichen Angelegenheiten. Der Vorstand der Zahlstelle fand nachstehende Zusammenfassung: 1. Vorsitz nder Kollege Jos. Hoffmann-Windberg, Bergerstraße 45; 2. Vorsitzender Kollege Schukardt-M.-Glabbach, Talechnerstraße 19; Kassierer Kollege Holbau-Windberg, Lindenstraße 27; Schriftführer Kollege Jos. Josa-M.-Glabbach, Bierfelderstraße 47 II. Wir nahmen 4 Mitglieder auf, 2 werden jedoch nach Düsseldorf überföhrt. Nach dem die Vertrauensmänner ernannt und der Vorsitzende die Kollegen zu eifriger Agitation in den Werkstätten angeregt hatte, gingen wir auseinander.

Eine interessante und außerst lehrreiche Versammlung fand am Samstagabend (30. April) in der Wirtschaft Urbach hier selbst statt. Der Gesellenanschuh hatte sie einberufen. Von 270 bei Janungsmessern beschäftigten Schreinergehilfen waren sage und schreibe 20 erschienen; darunter 6 Mitglieder unserer Zahlstelle. Der Beratungsgegenstand war: Soll der Gesellenanschuh eine öffentliche Gesellenversammlung zwecks Sicherungnahme zu einer allgemeinen Lohnregulierung einberufen? Der Gesellenanschuh war sich von vornherein darüber klar, daß die fast ungläubliche Interesslosigkeit der M.-Glabbacher Gesellenchaft den Erfolg eines Vorgehens ihrerseits in Frage stellen würde. Sich zu blamieren vor der Meisterschaft, dazu hätte er keine Lust. Deshalb sollte die Frage erwoogen werden: Bringt man die Gesellen zusammen, hat man an ihnen eine Stütze oder nicht? Die Antwort war „Nein“. Gegen 4 Stimmen (nur bei Janungsmessern beschäftigten Kollegen konnten sich an der Debatte und Abstimmung beteiligen)

wurde beschlossen keine Gesellenversammlung abzuhalten. Begründung: Die Gesellen kommen doch nicht. Wenn es gut geht kommen 30 von 270. Mit diesen in eine Bewegung einzutreten ist mehr wie gewagt. — Nach dieser Beschlußfassung trat man in eine zwanglose Debatte über Verschiedenes ein. Und da fiel das Wort, das allen auf dem Herzen lag. „Wir können nichts thun, weil wir keine Organisation im Rücken haben“. Der Faden „Organisation“ wurde weiter gesponnen. Man erfuhr, daß der Gedanke selbst beim Gesellenanschuh nur spärlich Fuß gefaßt hatte. Trost alledem ließ sich keiner der Unorganisierten dazu herbei, einmal offen zu sagen, warum er sich nicht organisieren will. Dem hiesigen Gesellenanschuh gehören, so viel uns bekannt ist, ein Pfrsch-Dunker und ein „frei“ organisierter Geselle an. Der „freie“ Holzarbeiterverband wird übrigens in aller nächster Zeit eine öffentliche Gesellenversammlung einberufen. Wir dachten hinsichtlich der Gründung der Zahlstelle besser durch mehr geschlossene Versammlungen zum Ziele zu gelangen. Da die Gründung nunmehr perfekt ist, müssen auch wir in aller nächster Zeit mit etwas mehr Geräusch in die Öffentlichkeit treten. Das werden wir thun. — Auch die Bohnstage wurde angeschnitten. Hierin fehlt jeglicher Ueberblick. Der „freie“ Verband (der notabene in M.-Glabbach und Iserlohn zusammen 25 Mitglieder zählt) hat seiner Zeit 300 Fragebogen unter der Gesellenchaft verteilt. Nur 47 davon sind ausgefüllt worden. Sie betrafen meist ältere Gesellen. Danach stellte sich der Durchschnittslohn auf 22,00 Mk. Im allgemeinen steht aber, das ergab die Diskussion, der Lohn für tüchtige Gesellen auf 38 Pfg. für Durchschnittsarbeiter auf 30 bis 35 Pfg. pro Stunde. Der Höchstlohn ist 42 Pfg. Zwei Gesellen sollen 45 Pfg. Stundenlohn haben. Selbstverständlich herrschen auch hier arge Mißstände in der Arbeitsarbeit. Die schlimmsten treten nicht zu Tage, weil die Gesellen nicht darüber verlaunten lassen. Gründe: Furcht, Gleichgültigkeit und Unwissenheit miteinander. So wie es ist, braucht es nicht zu sein; die Kollegen in der Umgebung haben sich bessere Zustände zu verschaffen gewohnt. Es kann gebessert und geregelt werden auch hier in M.-Glabbach. Das Mittel heißt: Organisation und die Form: der „Christliche Holzarbeiterverband“. Der letztere, weil die Glabbacher Gesellenchaft christlich gesinnt ist, für sie eine sozialdemokratische Organisation somit nicht in Frage kommen kann.

**Adressenveränderungen.**

- Münster.** Die Reiseunterstützung wird in Zukunft ausgezahlt von Adolf Kelders, Schillerstraße 39 a. Iserlohn. Franz Mehr, Rüdengraben 25, Bezirksvorsitzender.
- Posen.** Michael Petasch abgereist.
- Nagau.** Joh. Reulgen, Wingenstraße 1, Bezirksvorsitzender.
- Essen.** Arnold Biffels, Wächterstraße 15 III, Bezirksvorsitzender.
- Hannover.** Heinrich Böhmke, Hainhölzerstraße 34 D III, Bezirksvorsitzender.
- Paderborn.** Franz Reife, Windfriedstraße 11, Bezirksvorsitzender.
- Trier.** Der hiesige Bezirk ist dem Kölner angegliedert worden.
- Düsseldorf.** An Stelle des Kollegen Kleinen, der selbständig geworden, hat Kollege Edmund Buchark, Düsseldorf-Werfen, Kölnner Chaussee 326 II, die Stelle des Bezirksvorsitzender übernommen.

**Krankengeld-Zuschußliste.**

Quittung über die im Monat April bei der Hauptkassa eingegangenen Beiträge von Einzelmitgliedern: Schlamminger 1,75 Mk., Fünemann 2,00 Mk., Flack 3,60 Mk., Köhler 3,60 Mk., Kotte 1,00 Mk., Plum 3,80 Mk., Stollenwerk 2,00 Mk., Hilppolsteiner 2,00 Mk., Hoffmann 2,00 Mk., Plennig 2,00 Mk., Rhein 3,20 Mk., Kleppies 5,20 Mk., Schöllhorn 3,20 Mk., Roth 3,25 Mk., Bogler 3,25 Mk., Glöbner 3,25 Mk., Weber 5,20 Mk., Insgesamt: 50,30 Mk.

- Kattingen.** Die Adresse unseres neuen Kassierers ist, Mathias Braun, Kattingen, Karl-Theodorstraße 1.
- Mülheim-Ruhr.** Die Geschäfte unserer Verwaltungsstelle besorgt gegenwärtig der Kollege H. Rhein, Vereinsstraße 16.

**Versammlungs-Anzeiger.**

- Nagau.** Dienstag den 10. Mai, abends 9 Uhr, Rest. Kettens.
- Nagau-Bartsch.** Sonntag den 15. Mai, morgens 11 Uhr, in der Jagd.
- Amberg.** Sonntag den 15. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Josephshaus. — Jeden Dienstag abend 8 Uhr im Josephshause Unterrichtskursus.
- Barmen.** Samstag den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Martin, Parlamentstraße 3.
- Berlin.** Sonntag den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Rest. Jäger, Lindenstraße 80—81.
- Bonn.** Samstag den 14. Mai, abends 9 Uhr, Unterrichtskursus im katholischen Gesellenhaus, Kölnstraße 17.

- Böhm.** Samstag, 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Menje.
- Boholt.** Sonntag den 15. Mai, vormittags 11 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Franz Döring, Oerthor.
- Clevo.** (Küfer und Kistenmacher). Sonntag den 8. Mai bei Driever.
- Essen (Sektion der Tapezierer und Sattler).** Donnerstag den 12. Mai, abends 9 Uhr, Ehrenstraße 74.
- Solmar.** Samstag den 14. Mai.
- Düsseldorf (Sektion der Wagenbauer).** Mittwoch den 11. Mai, abends 9 Uhr, im Paulushaus.
- Dortmund.** Samstag den 14. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Theisen, Amalienstraße 8.
- Dülmen.** Sonntag den 15. Mai, morgens 11 Uhr, im Lokale des Herrn Bernhard Dabrup, Neustraße.
- Duisburg.** Samstag den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Montenbruck, Friedrich-Wilhelm-Platz.
- Essen (Ruhr).** Samstag den 14. Mai, abends 9 Uhr, im Alfredshaus.
- Eupen.** Sonntag den 15. Mai, morgens 1/11 Uhr, im katholischen Gesellenhaus.
- Elberfeld.** Mittwoch den 11. Mai, abends 9 Uhr, Rest. Hertenthal, Klostbahn.
- Freiburg.** Samstag den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Gasthaus zum Hirschen.
- Fürth.** Samstag, 14. Mai, abends 8 Uhr, im Gesellenhospiz.
- Friedrichshafen.** Samstag den 14. Mai, abends 8 Uhr, Gasthof zum Stern.
- Goch (Ruhr).** Sonntag den 15. Mai, morgens 11 Uhr, im Lokale von Peter Knops. Wahl eines Vorsitzenden.
- Hannover.** Sonnabend den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Arbeiterverein, Zimmer 3, mit Vortrag.
- Hagen.** Samstag den 14. Mai, abends 9 Uhr, bei Gastwirt Joseph Stig, Poststraße 76.
- Höchst a. M.** Sonntag den 15. Mai, morgens 11 Uhr, Gasthaus zum Wären. Wahl eines zweiten Vorsitzenden und Abschiedsfeier unseres bisherigen.
- Iserlohn.** Sonntag den 15. Mai, morgens 11 1/2 Uhr, bei Wirt Wilhelm Ebert, Mühlenstraße 8.
- Kronach.** Sonntag den 15. Mai, morgens 10 Uhr, im katholischen Arbeiterverein.
- Mannheim.** Samstag den 14. Mai, abends 1/29 Uhr, im Lokal „zur Margaretha“ G. 2. Nr. 19.
- Münster (Tischler).** Sonntag den 15. Mai, mittags 12 Uhr, bei Pape, Clemensstraße.
- Mülheim (Rhein).** Samstag der 14. Mai, abends 9 Uhr, bei Siebert, Frankfurterstraße.
- Wainz.** Samstag den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr.
- München.** Samstag den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Zur goldenen Aker“.
- München (Tapezierer).** Samstag den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im goldenen Stern, Herzogspitalstraße.
- Mühlhausen.** Sonntag den 15. Mai, abends 8 1/4 Uhr, zur Stadt Belfort.
- Mürnberg.** Samstag den 14. Mai, abends 8 Uhr, im Gesellenhospiz. Generalversammlung mit Vorstandswahl.
- Neheim.** Samstag den 14. Mai, abends 9 Uhr, bei Peter Hellwig.
- Osnabrück.** Sonntag den 15. Mai, morgens 11 Uhr, Restauration Sitt.
- Oberhausen.** Sonntag den 15. Mai, morgens 11 Uhr, bei Gastwirt Fischer.
- Paderborn.** Sonntag den 15. Mai, morgens 11 Uhr, Restauration Teppe, Kleiner Domplatz.
- Posen.** Dienstag den 10. Mai, abends 8 Uhr, im Hotel de Saxe, Breslauerstraße.
- Reddinghausen.** Samstag den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, beim Wirt Wallenbauer.
- Ravensbürg.** Sonntag den 15. Mai, morgens 10 1/2 Uhr, „Zur Nacht am Rhein“.
- Regensburg.** Samstag den 14. Mai, abends 8 Uhr, in der Jakobinerschenke. Vortrag über Indifferentismus, Terrorismus und moralischer Druck.
- Reimscheid.** Sonntag den 15. Mai, vormittags 11 1/2 Uhr, Restaurant Sager, Kronenstraße.
- Speyer.** Samstag den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Gasthaus „Zur neuen Post“.
- Schramberg.** Samstag den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Wirtschaft Klaußner.
- Schramberg.** Sonntag den 15. Mai, nachmittags 3 Uhr, zu Sulga u im Gasthaus zum Hasen Kartellversammlung.
- Trier.** Samstag den 14. Mai, abends 9 Uhr, „Im goldenen Brunnen, Hauptmarkt, Herzenszimmer 119.“
- Tüß.** Jeden Sonntag, morgens 10—11 Uhr, Gesellenvereinslokal Schaffersbräu.
- Urdingen.** Sonntag den 15. Mai, morgens 11 Uhr, bei Wm. Haslach.
- Wiesbaden.** Montag den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im katholischen Gesellenhaus.
- Werrsen.** Sonntag den 15. Mai, morgens 11 Uhr, bei Wirt, an der Weiche.
- Witten.** Samstag den 14. Mai, abends 1/29 Uhr, Hotel „Zur Stadt Witten“, Hauptstraße, (Herrn Durt).

**Briefkasten der Redaktion.**

Bericht aus Witten und Essen folgt in nächster Nummer  
 Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Kuppel 651a.  
 Druck von Heinrich Kuppel 651a.

**Hienfong-Essenz**  
 die echte, für Wiederverkäufer  
 1 Dutzend 2,50 Mk. (30 Flaschen  
 7 Mk. kostenfrei überallhin.)  
 Laboratorium P. Seifert, Dittersbach  
 Aa. 84 bei Waldenburg  
 Schlesien.

Zu der am 10. Mai stattfindenden  
 Vermählungsfeier unseres Kollegen  
**Joseph Stöbener**  
 mit Fräulein  
**Croutchen Hermai**  
 die herzlichsten Glückwünsche.  
 Zahlstelle Kütenscheid.

Unsern werten Kollegen und Mitgründer unserer  
 Zahlstelle  
**Franz Schröder**  
 und Fräulein  
**Maria Schmitz**  
 zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.  
 Die Zahlstelle Lippstadt.